



Newsletter vom 4. Oktober 2026

Inhalt

Unsere Volksschule vom Kopf auf die Füsse stellen!.....	2
1. Oktober 2026, Marianne Wüthrich.....	2
«Kann den Satz nicht mehr hören»: Kindergärtnerin packt über Eltern aus.....	5
Watson, 19. September 2026.....	5
Kindergärten am Anschlag: Sind wirklich die Kinder das Problem?.....	7
Luzerner Zeitung, 23. September 2026, Deborah Stoffel, Sabine Kuster, Annika Bangerter.....	7
Immer mehr psychische Diagnosen bei Kindern: Braucht es einen anderen Blick?.....	9
Aargauer Zeitung, 25. September 2026, Gastbeitrag von Eliane Perret.....	9
Für die Berufslehre zu wenig gewappnet.....	11
NZZ, 30. September 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Urs Furrer und Dieter Kläy.....	11
Den Elefanten im Raum nennt niemand.....	12
Journal 21, 20. September 2026, Carl Bossard.....	12
Thurgau, Zürich und Ausserrhoden gegen Frühfranzösisch-Zwang.....	16
NZZ, 25. September 2026, Schweiz, Andri Rostetter.....	16
Beim Frühfranzösisch liegt der Bundesrat völlig falsch.....	18
NZZ am Sonntag, 20. September, Debatte, der externe Standpunkt von Mario Andreotti.....	18
Mit dem Lesen verschwindet das ABC der Freiheit.....	20
NZZ am Sonntag, 13. September 2026, Anna Kardos.....	20
Folgen für Lehrpersonen.....	21
NZZ, 30. September 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	21
Papiertiger bringen keinen Mehrwert.....	23
Tages-Anzeiger, 1. Oktober 2026, Forum, Leserbrief.....	23
Lesen geht nicht von allein.....	23
NZZ am Sonntag, 20. September 2026, Debatte, Leserbrief.....	23
Weglassen mit Wirkung.....	24
Tages-Anzeiger, 1. Oktober 2026, Forum, Leserbrief.....	24
Schulleitungen als Ballast?.....	25
29. September 2026, unveröffentlichter Leserbrief.....	25
Veranstaltungshinweise.....	26
Frühförderung – ein Schlagwort mit Inhalt füllen (Arbeitstitel).....	26
Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Starke Volksschule Zürich.....	26
Einsam oder gemeinsam? Anspruch und Wirklichkeit des selbstorganisierten Lernens.....	26
Mittwoch, 11. November 2026, 18:30 – 20:30, Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft.....	26



Unsere Volksschule vom Kopf auf die Füsse stellen!

1. Oktober 2026, Marianne Wüthrich

Vom Kindergarten bis zu den Lehrbetrieben wird Alarm geschlagen, die meisten Leute im Schul- und Betriebsalltag sind sich einig: Die Volksschule muss dringend auf Vordermann gebracht werden – aber wie? Bildungsexperten, die mehr tun wollen als in ihrem Büro zu sitzen und Studien zu produzieren, aber auch erfahrene Lehrkräfte weisen immer wieder darauf hin, was eine gute Schule ausmacht. Zentral müssen zwei Fragen sein: Wie kann der Pädagoge seine Schulklasse ins Lernen einführen? Und was benötigt das einzelne Kind, um seinen Weg ins Leben unter die Füsse zu nehmen?

Bericht aus dem Kindergarten

Beginnen wir bei den Kleinsten, mit dem Bericht einer jungen Kindergärtnerin. Sie ist mit denselben Problemen konfrontiert wie viele ihrer Kollegen in der Primarschule. Acht von 19 Kindern sind «verhaltensauffällig»: Manche sind hyperaktiv, andere sitzen teilnahmslos da, einige kommen nicht mit anderen Kindern zurecht oder schlagen sogar, oft können sie nicht zuhören und sich konzentrieren. Es ist sehr verständlich, dass die Junglehrerin, wie viele andere, mit ihrem schwierigen Berufsalltag überfordert ist – in einer unbefriedigend organisierten Schule, mit einem untauglichen Lehrplan und mit vermutlich wenig pädagogischer Anleitung in ihrer Grundbildung an der PH.

Was tun? – Organisatorische Massnahmen

Manche Leute lernen es nie. Wider alle Vernunft und Erfahrung beharren die Präsidentinnen von «Zyklus 1» und LCH auf der integrativen Schule für alle, mit noch mehr Fachpersonen auch im Kindergarten, deren stetes Kommen und Gehen die Unruhe im Schulzimmer weiter steigern und einen konzentrierten Klassenunterricht unter Leitung der Klassenlehrerin erschweren statt erleichtern würde. Dies garniert durch eine Schulhausarchitektur mit «Rückzugs- und Bewegungsräumen» sowie Rösler's Allerweltsheilmittel Lerninseln – soweit kommt's noch, dass man auch Vier- bis Sechsjährige dort deponiert, statt sich ihrer anzunehmen.

Ein erfahrener Kindergärtner dagegen plädiert für kleinere Klassen statt mehr Personal im Schulzimmer – das macht Sinn. Dass die Aufmerksamkeitsdefizite und die Störungen in der zwischenmenschlichen Beziehung, unter denen bereits kleine Kinder leiden, unter anderem dem frühen Einsatz digitaler Medien zuhause und in der Schule zuzuschreiben sind, darüber sind sich nicht nur die beiden Kindergärtner einig. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Handys und Tablets zuhause und in der Schule frühestens ab der Mittelstufe – und auch dort mit Mass – wie dies viele Experten seit langem fordern.

Was tun? – Anleitung in der Lehrerbildung

Um einem Kind aus seinen persönlichen Schwierigkeiten heraushelfen zu können, sind kleinere Klassen und eine Kindergärtnerin, die den Kindern Geschichten erzählt und sie anleitet beim gemeinsamen Spiel, statt sie sich selbst zu überlassen, schon ein grosser Schritt. Vor allem aber dürfen wir unsere Junglehrer nicht alleinlassen mit ihrem anspruchsvollen Schulalltag. In ihrer Ausbildung müssten sie bei erfahrenen Praxislehrern lernen, ihre Klassen zu unterrichten statt lediglich zu coachen. Zudem benötigen sie einen Lehrplan als unterstützendes Hilfsmittel, der einen klaren Aufbau



des Lernstoffes vorgibt und genügend Zeit zum Üben und Vertiefen lässt, aber auch Raum für gemeinsames Spiel sowie für die Einübung manueller und musischer Fertigkeiten.

Der erwähnte Kindergärtner fordert ausserdem mehr Elternbildung, und die junge Kindergärtnerin ruft den Eltern zu: «Macht was mit euren Kindern, lasst sie mit Gleichaltrigen spielen, geht mit ihnen in den Wald!». Die Eltern müssten klare Regeln setzen und auch einmal nein sagen.

Es darf aber nicht darum gehen, dass sich Eltern und Schule gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Beide Lebensbereiche sind mitverantwortlich für die gedeihliche Entwicklung der Kinder.

Auch in den Schulzimmern sollten klare Regeln gelten (was nicht überall der Fall ist). Und das Gespräch mit den Eltern muss gelernt werden, es genügt nicht, ihnen zu sagen, was sie alles besser machen sollten. Für Kinder mit grösseren persönlichen Problemen und Lernschwierigkeiten brauchen wir kleine Förderklassen mit fachkundiger Leitung, denn wir dürfen nicht alles den Lehrkräften aufbürden. «Die meisten, die mit mir studiert haben, sind nicht mehr im Beruf», sagt die junge Kindergärtnerin. Was für eine tragische Verschwendung von Kräften, die unsere Schule dringend benötigen würde!

Einige wichtige Überlegungen zum Verständnis des «schwierigen» Kindes trägt die Heilpädagogin Eliane Perret bei. Sie weist darauf hin, dass die zunehmenden psychiatrischen Diagnosen wie ADHS oder Autismus oft nicht belegt sind und setzt sich für einen entwicklungspsychologischen und anthropologischen Ansatz ein, dem Kind aus seinen Nöten herauszuhelfen. Statt Probleme von Kindern und Jugendlichen mit Funktionsstörungen im Gehirn zu erklären und diese ausschliesslich medikamentös zu behandeln, müsse mehr danach gefragt werden, «welche familiären und schulischen Situationen zu diesen Verhaltensweisen führen und welche psychosozialen Ursachen dabei eine Rolle spielen.» Für unsere Kindergärtnerinnen und Lehrer im anspruchsvollen Schulalltag könnte es eine grosse Hilfe sein, Psychologen und Heilpädagoginnen mit dieser Sichtweise und Erfahrung an ihrer Seite zu haben.

Dem Rückgang der Schulleistungen unserer Jugend etwas entgegensetzen

Die Schweizer Öffentlichkeit ist mit Recht aufgeschreckt: Dass eine zunehmende Zahl von 15-Jährigen grosse Defizite im Leseverständnis und in Mathematik hat, ist seit langem bekannt, aber die Bildungsverantwortlichen tun bisher nichts Substanzielles dagegen. Nicht erst heute beklagen viele Lehrbetriebe, dass immer mehr Jugendliche mit unzureichenden schulischen Grundlagen eine Berufslehre antreten. Neu sind die erschreckenden Resultate einer Umfrage bei den Ausbildnern in den Betrieben, welche die grossen Arbeitgeberverbände publiziert haben. Danach sehen sich viele Unternehmen gezwungen, weniger Lehrlinge auszubilden, denn besonders kleinere KMU stossen bereits heute an ihre Grenzen. Damit ihre Auszubildenden schulisch und vom Verhalten her (Leistungswillen, Zuverlässigkeit, Kooperationsfähigkeit usw.) eine Lehre absolvieren können, muss der Betrieb viel investieren, um die grossen Lücken vieler Jugendlicher zu beheben.

In einem Gastkommentar weisen nun zwei Mitglieder des Direktoriums des Schweizerischen Gewerbeverbands auf die grosse Bedeutung der Berufsbildung als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft hin und stellen ihre Forderungen an das Schweizer Bildungswesen. Denn, so schreibt der SGV, die heutigen Lernenden sind die Unternehmer und Berufsausbildner von morgen. Hinzuzufügen ist: Ob sie dieser verantwortungsvollen Aufgabe für unser Gemeinwesen gewachsen sein werden, muss die Sache von uns allen sein.



Es ist unabdingbar, dass die Verantwortlichen in Bildungspolitik und -verwaltung die Stimmen aus der Wirtschaft sehr ernstnehmen. Damit die duale Berufsbildung, ein Qualitätssiegel unseres Staatsmodells, Bestand haben kann, werden sie nicht umhinkommen, das einst gute Schweizer Bildungswesen, das sie zu Fall gebracht haben, vom Kopf auf die Füsse zu stellen.

Carl Bossard greift in seinem Artikel die dramatische Situation in den Lehrbetrieben auf und stellt einmal mehr die wesentliche Frage: Was brauchen Kinder, damit sie lernen? Er beantwortet sie in seiner klaren und pädagogisch unanfechtbaren Weise: «Nicht zuerst: Wie organisieren wir Schule? Sondern: Wie gelingt guter Unterricht? (...) Denn Bildung entsteht dort, wo eine Lehrperson mit jungen Menschen an einer Sache arbeitet. Intensiv und konzentriert: Lesen und Verstehen. Schreiben und Rechnen. Denken und Problemlösen. Das sind keine alten Zöpfe. Das sind die Fundamente.» Eine ausgezeichnete Antwort auf die Frage, was eine gute Schule ausmacht, finden Sie auch im Leserbrief von Max Knöpfel, einem weiteren erfahrenen Pädagogen.

Kantone wehren sich gegen Frühfranzösisch-Zwang aus Bern

Es ist hier nicht zum ersten Mal Thema und soll deshalb nur kurz aufgegriffen werden: Bundesrätin Baume-Schneider will die Deutschschweizer Kantone mit einer Änderung des Sprachengesetzes zur Beibehaltung des Frühfranzösisch zwingen. Das verstösst gegen die kantonale Schulhoheit gemäss Bundesverfassung und ist zudem eine Holzhammer-Methode, die dem föderalistischen Frieden im Land nicht gerade förderlich ist. Denn einige Kantonsparlamente haben bereits beschlossen, das Fach Französisch auf die Oberstufe zu verlegen, und die Regierungen sind an der Ausarbeitung der Neuregelungen. Entsprechend setzen sich diese Kantone zur Wehr. Einmal mehr ist festzuhalten, dass das Fach Französisch in keinem Kanton «abgeschafft» werden soll, wie Mario Andreotti in seiner Stellungnahme einleuchtend erklärt: «Es geht keineswegs darum, die Sprache der Romands als Inbegriff der frankofonen Kultur aus den Schulen der Deutschschweiz zu verbannen, sondern sie auf die Oberstufe zu verschieben, wo die Schülerinnen und Schüler mit gefestigten sprachlichen Grundkenntnissen das nötige Rüstzeug haben, diese zweite Landessprache zu erlernen.» Aber lesen Sie seinen Kommentar selbst.

Einige Aufsteller als Schlusspunkt

Zum Abschluss bieten wir Ihnen ein Plädoyer für die Erhaltung des Lesens an: «Mit dem Lesen verschwindet das ABC der Freiheit». Die Autorin beschreibt die unverzichtbare Bedeutung des Lesens für die menschliche Zivilisation und Kultur: «Aber Lesen ist mehr als nur Freizeittätigkeit. Und mehr als eine Methode zur Informationsaufnahme. Lesen hat der Menschheit die Entwicklung von Wissenschaft und Demokratie ermöglicht. Denn erst anhand von längeren Texten üben wir uns darin, komplexer zu denken, einer Argumentation zu folgen oder diese zu widerlegen.»

Zudem dürfen Sie sich auf einen Strauss von äusserst anregenden Leserbriefen freuen. Sie fordern uns geradezu auf: Schreiben wir gegen den Strom – nichts wird so fleissig gelesen wie Leserbriefe!

Viel Freude beim Lesen!

Marianne Wüthrich



«Kann den Satz nicht mehr hören»: Kindergärtnerin packt über Eltern aus

Watson, 19. September 2026

Manuela* liebt ihren Job als Kindergärtnerin. Eigentlich. Denn das Verhalten gewisser Eltern bringt sie auf die Palme. Nicht nur, weil es ihr die Arbeit erschwert, sondern die Entwicklung der Kinder beeinflusst.

- Manuela ist 25-jährig und Kindergärtnerin im Kanton Bern
- Die Eltern der Kinder in ihrer Klasse nerven sie teils
- Acht von 19 Kindern in ihrer Klasse sind verhaltensauffällig

So eine schlimme Kindergartenklasse habe ich noch nie erlebt. Morgens hoffe ich schon gar nicht mehr auf einen guten Tag. Ich weiss bereits, was mich erwartet. Das Problem sind nicht die Kinder, sondern ihre Eltern. Lasst mich von Tiago* erzählen, um das zu erklären.

Tiago feierte vor Kurzem seinen fünften Geburtstag. Seit den Sommerferien ist er bei mir in der Klasse. Er redet praktisch flüssig Englisch. Seine Eltern nicht. Tiago beherrscht die Sprache, weil er jede freie Minute vor dem Fernseher hockt – das bestätigt auch seine Mutter. Die Englischkenntnisse sind der einzige Vorteil seines täglichen Medienkonsums.

Tiago hat praktisch keine Sozialkompetenzen. Er schlägt andere Kinder. Er hört nicht zu. Alles ist ihm egal. Was ich ihm sage, geht bei einem Ohr rein und beim anderen raus. Und er rennt ständig davon. Manchmal muss ich ihn physisch von einer Flucht auf die Strasse abhalten. Ich habe schlicht keine andere Wahl. Sein Verhalten wirkt auf mich oftmals autistisch.

Eigentlich bräuchte Tiago den ganzen Tag eine 1:1-Betreuung, eine Kindergärtnerin nur für ihn. Das Problem: Ich habe noch fünf andere Tiagos in der Klasse.

«Zu viele Kinder hocken im Kindergarten teilnahmslos da, oder können sich keine Minute auf etwas konzentrieren.»

Insgesamt acht der 19 Kinder in meiner Klasse sind in irgendeiner Form «verhaltensauffällig», wie wir in der Bildungssprache sagen. Dazu gehören hyperaktive, impulsive Kinder genauso wie solche mit Aufmerksamkeitsproblemen.

Ob ein Kind verhaltensauffällig wird, entscheidet eine Vielzahl an Faktoren. Armut und genetische Voraussetzungen können eine Rolle spielen. Leider scheint oft die elterliche Erziehung entscheidend zu sein.

Auch wenn eine Diagnose nur Fachleute ausstellen können: Massgebend für Tiagos Verhalten ist aus meiner Sicht, dass ihm seine Eltern keine klaren Regeln vorgeben, nie Nein sagen und vor einen Bildschirm setzen, statt ihn mit Gleichaltrigen spielen zu lassen. Gerade letzteres machen aber längst nicht nur Tiagos Eltern.



Das Resultat: Zu viele Kinder hocken im Kindergarten teilnahmslos da oder können sich keine Minute auf etwas konzentrieren, weil sie der TikTok-Algorithmus an ständige Stimulation gewöhnt. Gewiss ist die Konzentrationsfähigkeit in dem Alter noch im Aufbau, aber ich frage mich manchmal, wie meine Schulklasse in einer Welt ohne Bildschirme wäre. Ich habe letztens versucht, aus einem Buch vorzulesen. Es ist unmöglich, weil ständig einer reinredet oder mental abwandert.

Ich habe Kolleginnen, die über 30 Jahre im Beruf sind. Sie erwähnen immer wieder, dass sie den Kindergartenunterricht nicht mehr gestalten können wie früher, weil die Kinder beim Eintritt in den Kindergarten immer weniger weit fortgeschritten sind in ihrer Entwicklung. Manche könnten kaum eine Schere halten, einige bewegten sich noch wie Kleinkinder.

«Die Elternarbeit bereitet mir momentan wirklich Bauchschmerzen. Oft machen Eltern uns Kindergärtnerinnen zum Problem. Gewisse schieben alle Verantwortung auf uns ab.»

Mir ist klar, dass es nach einem langen Arbeitstag verlockend sein kann, das Kind mit einem Bildschirm ruhigzustellen. Aber das ist doch keine Dauerlösung. Macht was mit euren Kindern, lasst sie mit Gleichaltrigen spielen, geht mit ihnen in den Wald! Es ist essenziell für die Entwicklung.

Wenn ich Tiagos Eltern auf sein Verhalten anspreche, zucken sie mit den Schultern und sagen, ihr Sohn brauche nur mehr Zeit. Solche Reaktionen überraschen mich nicht mehr. Eltern hören ungern, dass ihr Kind in der Entwicklung zurückliegt oder im Kindergarten durch sein Verhalten auffällt. «Also zuhause ist das alles kein Problem», heisst es dann jeweils. Ich kann den Satz nicht mehr hören!

Die Elternarbeit bereitet mir momentan wirklich Bauchschmerzen. Oft machen Eltern uns Kindergärtnerinnen zum Problem. Gewisse schieben alle Verantwortung auf uns ab. Einmal hat sich eine Mutter bei mir darüber beschwert, dass ihr Kind schon wieder die Regen hose im Kindergarten vergessen hat. Es sei an mir, sicherzustellen, dass ihr Kind die Regen hose mit nach Hause nimmt.

Nein, ist es nicht. Ich habe 19 Kinder zu betreuen und kann nicht alle micromanagen. Sag deiner Tochter, dass sie selbst an die Regen hose denken muss.

Mitreden beim Tagesprogramm wollen Eltern natürlich trotzdem. «Müsst ihr heute wirklich in den Wald gehen?», heisst es dann in den Nachrichten. Es hilft nicht, dass ich mit meinen 25 Jahren von manchen Eltern als junge, unerfahrene Frau wahrgenommen werde.

Ich möchte hier fairerweise festhalten: Mit etwa 70 Prozent der Eltern ist der Umgang super. Und ich empfinde den Alltag mit den Kindern als sehr erfüllend, obwohl er unglaublich anstrengend ist. Klammerbemerkung: Die meisten, die mit mir studiert haben, sind nicht mehr im Beruf.

Als Kindergärtnerin kann ich wirklich etwas bewegen. Man bringt die Kinder weiter. In zwei Jahren sind enorme Fortschritte möglich, das ist unglaublich faszinierend. Ich würde den Beruf darum weiterempfehlen. Er ist wichtiger denn je. Und er bringt schöne Momente, mit allen Kindern. Auch mit Tiago.

(aufgezeichnet von watson.ch)



Kindergärten am Anschlag: Sind wirklich die Kinder das Problem?

Luzerner Zeitung, 23. September 2026, Deborah Stoffel, Sabine Kuster, Annika Bangerter

Der Erfahrungsbericht einer Kindergärtnerin über schwierige Kinder und passive Eltern hat hohe Wellen geworfen. Ihr Fall ist kein Ausreisser – kann man tun?

Ein Bub hat praktisch keine Sozialkompetenzen. Er schlägt andere Kinder. Was ihm gesagt wird, geht durch das eine Ohr rein und durchs andere wieder raus. Andere Kinder sitzen teilnahmslos da. So beschreibt Kindergartenlehrerin Manuela (Name geändert) ihren Alltag in einem Artikel bei Watson, der auch in dieser Zeitung erschienen ist. Sie hat nicht einen verhaltensauffälligen Schüler, sondern deren acht.

Der Erfahrungsbericht hat in der Leserschaft eine heftige Debatte darüber ausgelöst, wer schuld ist an dieser Situation: die Eltern oder die integrative Schule? Und ist das überhaupt eine Situation, wie sie viele Lehrpersonen im Kindergarten kennen, oder nur ein krasser Einzelfall?

Sara Stutz, Co-Präsidentin des Verbandes «Zyklus 1», der die Anliegen der Lehrpersonen vom Kindergarten bis zur 2. Klasse im Kanton Zürich vertritt, bestätigt: «Es gibt heute mehr Kinder, die kein Nein akzeptieren, keine Grenzen kennen, keine Frustration aushalten – also dass man nicht gleich alles kriegt, was man will.» Die erzieherischen Themen hätten in den letzten Jahren zugenommen.

Und ein 55-jähriger Kindergärtner im Kanton Zürich, der seit 26 Jahren unterrichtet, antwortet: «Meine Erfahrungen decken sich leider mit den Aussagen von Manuela. Wir unterrichten die Generation TikTok, die ganze Gesellschaft ist beschleunigter als früher.»

Nicht nur Eltern oder die Schule sind schuld

Auch beim Dachverband Lehrer und Lehrerinnen Schweiz (LCH) gehen vermehrt Meldungen ein, dass die Heterogenität im Kindergarten das System und die Lehrpersonen belastet. Grundsätzlich seien sie für die Bedürfnisse der Kinder in diesem Alter ausgebildet, sagt Dagmar Rösler, Präsidentin des LCH. Aber kämen zu viele Ansprüche in einer Klasse zusammen, gebe es einen Kipppunkt, an dem eine Person nicht mehr allen gerecht werden könne. «Wir sprechen zum Beispiel von der Sprache, die nicht verstanden wird, von Entwicklungsrückständen aufgrund von Vernachlässigung, oder von Kindern, die es nicht gewohnt sind, mit anderen Kindern zu spielen.»

Rösler warnt davor, die Verantwortung allein den Eltern oder der integrativen Schule zuzuschieben. «Es ist eine Herausforderung, die nicht allein vom Kindergarten und der Schule gelöst werden kann.»

Die Ursachen sind multifaktoriell, das glaubt auch der 55-jährige Kindergartenlehrer. Einen der Gründe sieht er dennoch darin, dass die Eltern heute oft hochprozentig arbeiten und abends mit ihren Kindern keine Konflikte austragen wollen. «Sie fordern seltener etwas ein. Eltern möchten lieber Spass haben und geliebt werden», sagt er. Dabei müsse doch jeder ein soziales Mitglied der Gesellschaft werden und in jungen Jahren sei es einfacher, dies zu lernen. «Die Eltern sollten daran denken, was für einen 16-jährigen Sohn oder eine Tochter sie einst haben möchten.»



Grenzen gesetzt bekommen und zu wissen, was verlangt werde, gebe den Kindern Sicherheit. «Kriegen sie diese nicht, drehen sie im roten Bereich. Aber Nein zu sagen, ist halt anstrengend.» Die Eltern würden oft warten, bis es ihnen «den Nuggi raustätscht», sagt er, das aber sei nicht gut fürs Kind.

«Plattformen zur Verantwortung ziehen»

Gerade für gestresste Eltern sind die digitalen Medien dann oft ein willkommener Babysitter. Aber Ingrid Broger, Fachperson Medienkompetenz bei der Stiftung Pro Juventute, sagt: «Es darf nicht immer auf die Eltern gezeigt werden. Die allermeisten von ihnen wollen das Beste für ihre Kinder. Doch viele von ihnen stehen unter grossem Druck, während die Verantwortung grosser Plattformen zu wenig eingefordert wird.» Es brauche die Regulierung von grossen Internetunternehmen, mehr Unterstützung im Erwerb von Medienkompetenz und familienfreundliche Bedingungen in der Arbeitswelt.

Die Vertretungen der Kindergärtnerinnen und der Lehrerinnen und Lehrer fordern: mehr Fachpersonen im Klassenzimmer. «Denn wir sind der Ort, wo die Kinder zuerst mit dem System Schule konfrontiert werden», sagt Stutz. Der Kindergarten müsse auch mit mehr heilpädagogischen Ressourcen ausgestattet werden, es sollten häufiger zwei Lehrpersonen gleichzeitig unterrichten und Kinder so besser individuell gefördert werden können.

Wichtig ist dies nicht zuletzt für jene Kinder, die besondere Bedürfnisse mitbringen, aber nicht stören. Sie fallen schnell durch die Maschen. «Ich musste in der fünften Klasse selber schauen, dass meine Tochter 8 plus 3 rechnen kann», sagt eine Mutter im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Schule habe für die Behandlung der Dyskalkulie ihrer Tochter nie die nötigen Ressourcen bereitgestellt.

«Besser kleinere Klassen als noch mehr Fachpersonen»

Für die erzieherischen Defizite aber sieht der 55-jährige Kindergärtner die Lösung nicht darin, noch mehr Personen in den Kindergarten zu schicken. «Ich habe jetzt zu meiner Klassenassistentin und der Heilpädagogin noch eine Sozialpädagogin, die einmal in der Woche kommt. Aber was bringt das, wenn sie nicht weiss, wie sich das Kind gestern verhalten hat?» Besser fände er kleinere Klassen, weil es dann auch ruhiger sei.

Der Dachverband der Lehrpersonen gibt zu bedenken: Die Schule müsse als Ganzes weiterentwickelt werden und nicht mit isolierten Massnahmen. Dieser Ansatz schliesst etwa die Schulhausarchitektur mit ein, die Rückzugsräume und Bewegungsräume bieten müsse, sagt Rösler. Oder die Klassenzusammensetzung, die nach pädagogischen, sozialen und sprachlichen Kriterien erfolgen müssen, um Überlastungen zu vermeiden.

Kinder in belasteten Situationen müssten ausserdem schon früh individuell unterstützt werden. Und die heilpädagogische Unterstützung müsse flexibler werden, heute sei diese an Diagnosen gekoppelt. Generell müssten die administrativen Prozesse in der Schule beschleunigt werden.

Der Dachverband tritt auch dafür ein, Schülerinnen und Schüler, die den Regelunterricht beeinträchtigen, von ihrer Klasse zu trennen. Dies aber in befristeten Gefässen, etwa sogenannten Schulinseln, welche die Kinder für einzelne Stunden oder für eine längere Auszeit besuchen. So



könnten stark belastete Klassen entlastet werden. Die entsprechenden Schülerinnen und Schüler kehren danach in ihre Stammklasse zurück.

«Die integrative Schule in der Schweiz ist kein gescheitertes Projekt, sondern eines, das sich weiterentwickeln muss», sagt Rösler.

Kindergärtner fordert mehr Elternbildung

Aber sind die Kinder tatsächlich auch bezüglich Aufmerksamkeit heute anders? «Definitiv», sagt der langjährige Kindergartenlehrer. Er lasse die Kinder manchmal ein Spiel spielen, bei dem sie sich merken müssten, welches Tier sie sind. Und wenn dieses aufgerufen wird, sollten sie den Platz wechseln. «Früher verteilte ich viele Tierarten, heute nur noch drei. Und auch dann brauche ich viele Durchläufe, bis das Spiel funktioniert. Die Kinder sind nicht genug konzentriert.»

Er wünscht sich mehr Elternbildung: «Die Kinderzulagen könnte man an Bedingungen knüpfen.» Von Beginn an könnte es nur 100 Franken pro Kind geben, aber mit Erziehungskursen könnten Aufschläge folgen. «Vielleicht bis 500 Franken. Es wäre gut investiertes Geld.»

Immer mehr psychische Diagnosen bei Kindern: Braucht es einen anderen Blick?

Aargauer Zeitung, 25. September 2026, Gastbeitrag von Eliane Perret

Psychische Diagnosen bei Kindern und Jugendlichen nehmen deutlich zu. Gastautorin Eliane Perret plädiert dafür, stärker auf Lebensumfeld und Entwicklung der Betroffenen zu schauen.

Das Wohl unserer heranwachsenden Generation verdient unsere ganze Aufmerksamkeit. Das ist richtig, denn wir müssen sie ermutigen, ihr Leben aktiv zu gestalten und anstehende Aufgaben mit Zuversicht und altersgemäsem Weitblick anzugehen. Zu denken gibt jedoch, dass sich die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Unterstützung von der Invalidenversicherung erhalten, in den letzten Jahren massiv erhöht hat. Bereits Ende 2022 hatte das Bundesamt für Statistik bei Kindern und Jugendlichen einen beispiellosen Anstieg psychischer Störungen vermeldet. Sie waren die häufigste Ursache für stationäre Spitalaufenthalte von 10- bis 24-Jährigen – häufiger als Verletzungen, Unfälle oder körperliche Krankheiten.

In dieses Bild fügt sich ein, dass sich von 2015 bis 2025 die Zahl der Kinder mit einer Diagnose aus dem Autismusspektrum verdreifacht hat. Vor Kurzem kritisierte Autismuscoach Mirjam Schlesinger in einem Interview mit dieser Zeitung, die Diagnose werde zu häufig und auch dann gestellt, wenn gar keine neurologische Störung vorliege. Das besondere Verhalten eines Kindes könne zum Beispiel auf zu viel Bildschirmzeit zurückzuführen sein. Das Interview löste Reaktionen in der Fachwelt aus.

Interessant ist, dass Diskussionen zu diesem Thema stets vor dem Hintergrund eines bio-psychosozialen Menschenbildes geführt werden. Es stammt aus den USA und verbreitete sich seit der Jahrtausendwende auch in Europa immer stärker. Probleme von Kindern und Jugendlichen werden seit-



her vorwiegend durch Funktionsstörungen im Gehirn erklärt. Weniger gefragt wird, welche familiären und schulischen Situationen zu diesen Verhaltensweisen führen und welche psychosozialen Ursachen dabei eine Rolle spielen.

Daraus wird eine Diagnose abgeleitet, und viele Kinder erhalten Medikamente, begleitet von einer Verhaltenstherapie. In den letzten Jahren hat etwa die Abgabe von Medikamenten bei Aufmerksamkeitsdefizitstörungen zugenommen, wobei die kantonalen Unterschiede beträchtlich sind.

«Unpassendes Verhalten», das sich in sehr unterschiedlichen Symptomen manifestiert, wird also medizinisch erklärt und entsprechend behandelt. Namhafte Expertinnen und Experten stellen diesen Ansatz jedoch infrage. So bezeichnete die renommierte Autismusforscherin Uta Frith in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» die Einführung der Autismusspektrumsstörung (ASS) als Fehler. Sie habe zu einer fatalen Ausweitung der Diagnosen bei Kindern und Jugendlichen geführt, welche die Kriterien von Autismus gar nicht erfüllten.

Professor Oskar Jenni, seit 2005 Co-Leiter der Abteilung Entwicklungspädiatrie am Universitätsspital Zürich, schrieb bereits 2016 in der Ärztezeitung, dass es trotz intensiver Forschung kein ausreichend wissenschaftlich begründetes Störungsmodell für ADHS gebe und in psychiatrischen Handbüchern lediglich dessen Symptombild beschrieben werde. Eine Rolle spielen auch Influencer, die in sozialen Medien ihre Autismus- oder ADHS-Diagnose zur Schau stellen. Das kann zu Selbstdiagnosen bei Jugendlichen führen.

Die gegenwärtige Entwicklung mit dem Fokus auf das biopsychosoziale Menschenbild negiert leider aktuelle entwicklungspsychologische und anthropologische Forschungsergebnisse, die eine wesentlich umfassendere Sicht auf Heranwachsende nahelegen. Neue Befunde aus lange vernachlässigten Bereichen der Humanwissenschaften, insbesondere der Entwicklungspsychologie (zum Beispiel der Bindungstheorie) und der Anthropologie, bilden dabei den theoretischen Hintergrund. Probleme von Kindern und Jugendlichen werden im Bezugsrahmen ihrer bisherigen Lebensgeschichte erfasst. Dazu gehören das familiäre und schulische Umfeld sowie der jeweilige soziale, gesellschaftliche und kulturelle Kontext. So konnten wissenschaftlich gut abgesicherte Erklärungen gewonnen werden, welche die heute verbreitete psychiatrische Sicht auf kindliche Probleme korrigieren.

Durch den eingegengten Blick auf mögliche Probleme sind oft positive Seiten –die jedes Kind hat – aus dem Blickfeld seiner Beziehungspersonen verschwunden. Sie bieten sich jedoch als wichtige Ansatzpunkte im Umgang mit dem Kind an und wirken einem allenfalls bereits vorhandenen Gefühl entgegen, sich nur noch mit (psychiatrisch wirkenden) Auffälligkeiten die Aufmerksamkeit der Eltern sichern zu können. Dieser auf pädagogischen und entwicklungspsychologischen Erkenntnissen beruhende Weg ist oft Neuland für Eltern, Lehrpersonen und Kind, denn er bedeutet, sich dem Kind durch sorgfältige und wohlwollende Anleitung positiv zuzuwenden und mit altersgemäsem Fördern und Fordern ernst zu nehmen. Doch kommt es nur so zu Erfolg und seine Zuversicht wächst, anstehende Aufgaben bewältigen zu können und den Herausforderungen des Lebens gewachsen zu sein.

**Eliane Perret (75) ist Heilpädagogin. Sie leitete von 1992 bis 2020 die Sonderpädagogische Tagesschule Toblerstrasse in der Stadt Zürich.*



Für die Berufslehre zu wenig gewappnet

NZZ, 30. September 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Urs Furrer und Dieter Kläy

Sind unsere Jugendlichen am Ende der obligatorischen Schulzeit ausreichend auf die Berufswelt vorbereitet? Die jüngsten Resultate geben Anlass zur Sorge. Die Leistungen der 15-Jährigen in Mathematik und Lesen sind erneut zurückgegangen. 28,8 Prozent erreichen beim Lesen das Mindestkompetenzniveau nicht, in Mathematik sind es 23,2 Prozent und in den Naturwissenschaften 20,7 Prozent. Dass auch andere Länder der Wirtschaftsorganisation OECD sinkende Leistungen verzeichnen, ist ein schwacher Trost. Denn die Schweiz steht im internationalen Standortwettbewerb. Und die Entwicklung wird zu einem Problem für die Berufsbildung und damit für einen Bereich, in welchem die Schweiz heute zur Spitze zählt.

Sinkende Grundkompetenzen erschweren es den Betrieben, geeignete Lernende zu finden, und erhöhen den Betreuungsaufwand. Drei Viertel der befragten Betriebe unterstützen ihre Lernenden bereits mit Fördermassnahmen. Jedes fünfte Unternehmen gibt an, künftig weniger Lernende auszubilden; bei Kleinbetrieben mit weniger als zehn Angestellten beträgt der Anteil fast ein Drittel. Dabei spielen Kleinbetriebe in der Berufsbildung eine zentrale Rolle. Dort lernen Jugendliche nicht nur einen Beruf, sondern lernen unter anderem ganze Betriebsabläufe kennen. Oft sind Lernende die Unternehmer von morgen. Das ist von grosser Bedeutung angesichts von rund 15 000 KMU, die jährlich vor einem Leitungs- oder Inhaberwechsel stehen.

Zu einer guten Lehrvorbereitung gehört, die eigenen Fähigkeiten richtig einzuschätzen. Doch auch hier zeigt eine Studie Defizite. Wer sich falsch beurteilt, riskiert, einen Beruf zu wählen, dessen Anforderungen über oder unter den eigenen Fähigkeiten liegen. Probleme sind dann programmiert. Aus Sicht des Gewerbes sind deshalb die folgenden sieben Punkte entscheidend.

Erstens müssen Grundkompetenzen wieder Priorität haben. Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Grundlage jeder erfolgreichen Berufsausbildung. Die Volksschule muss sicherstellen, dass Jugendliche diese Fähigkeiten am Ende der obligatorischen Schulzeit beherrschen.

Zweitens muss Leistung wieder stärker zählen. Jugendliche haben unterschiedliche Fähigkeiten und Bedürfnisse. Das darf aber nicht dazu führen, Leistungsanforderungen nach unten zu korrigieren. Die Schule muss fordern und fördern.

Drittens braucht die integrative Schule eine ehrliche Überprüfung. Integration ist ein wichtiges Ziel. Sie darf jedoch weder Lehrpersonen überfordern noch den Lernerfolg beeinträchtigen.

Viertens muss Sprachförderung früh ansetzen. Wer dem Unterricht in der jeweiligen Landessprache nicht folgen kann, startet mit einem erheblichen Nachteil.

Fünftens brauchen Lehrpersonen mehr Zeit zum Unterrichten. Die Volksschule darf sich nicht in Dokumentationen und administrativen Vorgaben verlieren. Lehrpersonen sollen unterrichten, fördern und führen. Unnötige Bürokratie gehört abgebaut.

Sechstens muss der Bildungsföderalismus besser genutzt werden. Avenir Suisse empfiehlt Kantonen, Gemeinden und Schulen, vermehrt unterschiedliche Ansätze zu erproben. Zur Vergleichbarkeit



brauche es standardisierte Tests. So lasse sich erkennen, welche Modelle funktionierten und wo Ressourcen am wirksamsten eingesetzt würden. Siebtens müssen Jugendliche ihre eigenen Fähigkeiten besser einschätzen lernen. Nur wer seine Stärken und Schwächen kennt, kann einen passenden Beruf wählen.

Die Wirtschaft ist Teil der Lösung. Kantonale und regionale Gewerbeverbände führen Berufsmessen, Berufswahlwochen und weitere Aktivitäten durch, um einen möglichst guten Match zwischen Anforderungen und Fähigkeiten zu erreichen. Diesem Ziel dient auch die vom Schweizerischen Gewerbeverband betriebene Plattform Anforderungsprofile.ch. All dies nützt wenig, wenn sich die Grundkompetenzen kontinuierlich verschlechtern. Eine starke Berufsbildung beginnt lange vor dem Lehrvertrag, in einer Volksschule, die den Freiraum erhält, sich auf ihren Kernauftrag zu fokussieren.

Urs Furrer ist Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV); Dieter Kläy ist stellvertretender Direktor und Ressortleiter Berufsbildung beim SGV.

Den Elefanten im Raum nennt niemand

Journal 21, 20. September 2026, Carl Bossard

Wir sind gut. Und wir werden schlechter. Das klingt wie ein Widerspruch. Ist es aber nicht. Die Schweiz liegt bei PISA weiterhin über dem OECD-Durchschnitt. Gleichzeitig sinken die Leistungen der 15-Jährigen in Lesen und Mathematik. Lehrbetriebe berichten von wachsenden Lücken bei Lernenden.

Gut sein genügt nicht, wenn es jedes Jahr ein bisschen weniger gut wird.

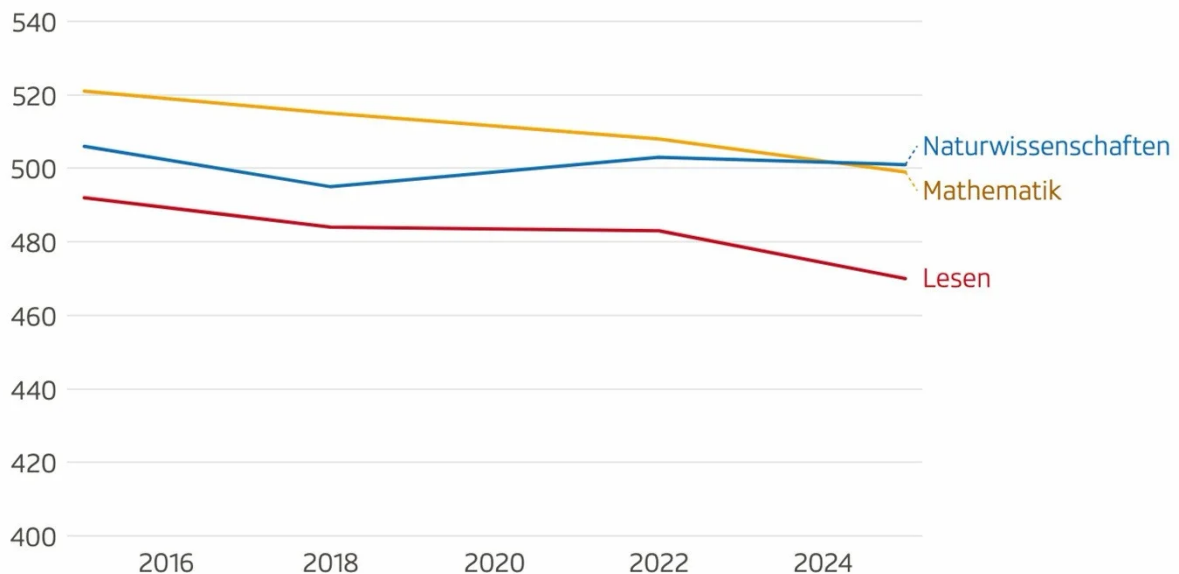
Was PISA tatsächlich zeigt

Die Schweiz steht im internationalen Vergleich weiterhin gut da. Das ist die Botschaft, welche die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) und der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) in den Vordergrund stellen. Doch dieser Befund darf den Blick auf die eigene Entwicklung nicht verstellen: Die Leistungen der Schweizer 15-Jährigen in Lesen und Mathematik sind erneut gesunken. Die Ergebnisse von 2025 liegen in beiden Bereichen auf dem tiefsten Stand seit Beginn der PISA-Messungen. Die aktuelle PISA-Studie fühlt sich deshalb an wie ein Schlag in die Magengrube, schreibt die NZZ.

Besonders beunruhigend ist der Blick auf das Lesen. Nur gerade 71 Prozent der Jugendlichen erreichen mindestens das von der OECD definierte grundlegende Kompetenzniveau 2; 29 Prozent liegen unter diesem Level. Das heisst: Fast jeder Dritte versteht die Hauptaussage eines einfachen Textes nicht. Gegenüber 2015 ist dieser Anteil um neun Prozentpunkte gestiegen – vor zehn Jahren war es noch ein Fünftel der 15-Jährigen, beim letzten PISA-Test ein Viertel und nun knapp ein Drittel.



Entwicklung der Kompetenzen seit 2015



Quelle: Bildungsmonitoring Schweiz

Der internationale Vergleich beantwortet, wie wir dastehen. Er beantwortet nicht die viel wichtigere Frage, warum wir schlechter werden.

Warum reden wir nicht Klartext?

Anfang September las ich von der Medienkonferenz von *economiesuisse*, dem Schweizerischen Gewerbeverband und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband. Die drei Berufsorganisationen orientieren über die Grundkompetenzen von Lernenden. Wieder einmal dachte ich: Warum reden wir nicht Klartext?

Rund 2900 Ausbildungsverantwortliche wurden befragt. Viele Unternehmen berichten von erheblichen Lücken, insbesondere beim Schreiben und in der Mathematik. Rund drei Viertel der Lehrbetriebe unterstützen ihre Lernenden bereits mit zusätzlichen internen oder externen Massnahmen. Jedes fünfte Unternehmen will künftig weniger Lernende rekrutieren – weil die Volksschule die Grundkompetenzen zu wenig erarbeitet.

Das ist keine repräsentative Messung der Schweizer Jugend. Es ist eine Befragung von Betrieben. Aber es ist ein dramatischer Weckruf aus jener Welt, in die Jugendliche nach der Schule eintreten – und in der sich zeigen muss, ob das Gelernte trägt.

Über die Ursachen des Rückgangs wisse man noch relativ wenig. Das sagte Rudolf Minsch, Chefökonom von *economiesuisse*, an der Medienkonferenz. Für eine umfassende empirische Ursachenanalyse mag das stimmen. Für eine andere Frage wissen wir allerdings schon ziemlich viel: Was brauchen Kinder, damit sie lernen?



Was Lernen voraussetzt

Eigentlich ist erstaunlich, wie wenig geheimnisvoll die elementaren Voraussetzungen erfolgreichen Lernens sind. Kinder brauchen eine gemeinsame Unterrichtssprache, Konzentration und Zeit zum Üben. Sie brauchen klare Erwartungen und Rückmeldung. Und sie müssen erfahren, dass Lernen Anstrengung bedeutet. Dafür brauchen sie Lehrerinnen und Lehrer, die ihre Sache verstehen, erklären und führen, die Schülerinnen und Schüler ermutigen und korrigieren – und ihnen zugleich etwas zutrauen und zumuten. Zutrauen und Zumuten gehören zusammen.

Vielleicht liegt hier ein blinder Fleck der Bildungsdebatte. Wir sprechen sehr viel über Strukturen, Ressourcen und Methoden, über Digitalisierung und Organisation. Wir reformieren und reorganisieren, innovieren und evaluieren. Zu wenig sprechen wir über das, was im Klassenzimmer tatsächlich geschieht.

Nicht zuerst: Wie organisieren wir Schule? Sondern: Wie gelingt guter Unterricht?

Nicht Organisation vor Interaktion, sondern Interaktion vor Organisation.

Denn Bildung entsteht dort, wo eine Lehrperson mit jungen Menschen an einer Sache arbeitet. Intensiv und konzentriert: Lesen und Verstehen. Schreiben und Rechnen. Denken und Problemlösen. Das sind keine alten Zöpfe. Das sind die Fundamente.

Ist Schönreden die richtige Antwort?

EDK-Präsident Christophe Darbellay plädierte gegenüber SRF dafür, die Situation nicht ganz so dramatisch zu sehen. Die Schweiz stehe im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut da, meinte er. Gleichzeitig unterstützte er die Forderung, die Schulen sollten sich wieder stärker auf die Grundkompetenzen konzentrieren.

Das ist eine legitime Differenzierung. Niemandem ist damit gedient, eine ganze Generation von Jugendlichen schlechtzureden. Aber wann wird Differenzierung zur Relativierung? PISA zeigt den Rückgang der Leistungen. Die Wirtschaft berichtet, wie sich die Kompetenzlücken bei Lernenden zeigen. Vielleicht sollten wir beides zunächst einmal aushalten, statt eines gegen das andere auszuspielen.

Noch irritierender ist der Umgang des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) mit den Ergebnissen. In seinem Editorial¹ zur PISA-Studie hebt er zunächst die vergleichsweise guten Schweizer Durchschnittswerte hervor, während die markant sinkenden Leistungen in Lesen und Mathematik kaum ins Auge fallen. Man kommt darum den Eindruck des Schönredens nicht los. Wer die PISA-Grafik² betrachtet, erkennt das Entscheidende sofort: Bei den Grundkompetenzen zeigt der Trend seit Jahren nach unten.

1 Medienmitteilung LCH; vgl.: <https://www.lch.ch/aktuell/detail/trotz-gutem-pisa-resultat-besteht-handlungsbedarf> [abgerufen: 19.09.2026]

2 Vgl.: <https://www.bildungschweiz.ch/detail/grosse-unterschiede-zwischen-leistungsstarken-und-schwachen> [abgerufen: 19.09.2026]



Die Wohlfühloase

Vielleicht müssen wir an dieser Stelle über etwas Grundsätzlicheres reden: über unser Bild von Schule. Denn wer über sinkende Leistungen spricht, kommt irgendwann an einen unbequemen Punkt: Schule darf Kindern nicht nur etwas bieten. Sie muss ihnen auch etwas abverlangen.

Ich denke dabei an ein Bild, auf das ich gestossen bin. Die Legende lautet: «Willkommen in der spielenden Wohlfühl-Oase am Waldrand!» Natürlich ist das zugespitzt. Schule soll ein Ort sein, an dem Kinder sich sicher und angenommen fühlen. Wohlbefinden ist keine Nebensache. Aber Schule ist keine Wohlfühloase. Sie ist ein Ort des Lernens. Und Lernen ist, in Gottes Namen, auch mit Anstrengung verbunden. Nachhaltiges Wohlbefinden entsteht auch aus Könnensfortschritten und Lern-erfolgen.



«Willkommen in der spielenden Wohlfühl-Oase am Waldrand!» (Bild: [uster.ch](https://www.uster.ch))

Wer lesen lernt, muss lesen. Wer schreiben lernt, muss schreiben. Wer rechnen lernt, muss rechnen. Wer einen schwierigen Text verstehen will, muss sich konzentrieren. Eine Schule, die jede Schwierigkeit möglichst rasch beseitigen und jede Anstrengung vermeiden möchte, läuft Gefahr, Kindern gerade das vorzuenthalten, was sie für ihre Selbstständigkeit brauchen.

Selbstständigkeit entsteht nicht dadurch, dass man Kinder früh alleinlässt. Sie wächst, wenn man sie gut führt, ihnen Grundlagen vermittelt und ihnen zunehmend Verantwortung überträgt. Bildung ist nicht dazu da, das Leben bequem zu machen.



Zurück zum Klassenzimmer

Natürlich braucht Schule Ressourcen. Gute Lehrpersonen brauchen Zeit. Kinder mit besonderen Bedürfnissen brauchen Unterstützung. Schulen brauchen vernünftige Rahmenbedingungen.

Aber Ressourcen sind noch kein Unterricht. Mehr Personal, mehr Geld und bessere Strukturen können guten Unterricht ermöglichen. Sie können ihn nicht ersetzen. Deshalb sollten wir die nächste Bildungsdebatte nicht mit der nächsten Reform beginnen, sondern mit einigen einfachen Fragen:

Wie viel gemeinsame Sprache brauchen wir?

Wie viel konzentriertes Arbeiten?

Wie viel Üben, Üben, Üben?

Wie viel verbindlichen Anspruch?

Wie viel Anstrengung?

Und wie viel Zeit haben Lehrpersonen tatsächlich noch für Unterricht?

Vielleicht ist das die unbequeme Botschaft: Wir brauchen nicht zuerst eine neue Idee von Schule. Wir müssen uns wieder daran erinnern, wozu Schule da ist: Zum Lernen.

Thurgau, Zürich und Ausserrhoden gegen Frühfranzösisch-Zwang

NZZ, 25. September 2026, Schweiz, Andri Rostetter

Der Bundesrat will den Französischunterricht in der Primarschule vorschreiben – in den Augen der Kantone eine Kompetenzüberschreitung.

Der Streit um das Frühfranzösisch erreicht die nächste Eskalationsstufe. Die Thurgauer Regierung hat am Donnerstag scharf auf den Plan des Bundesrats reagiert, die Deutschschweizer Kantone über eine Änderung des Sprachengesetzes zum Französischunterricht in der Primarschule zu zwingen. Es sei «befremdend, wenn der Bund über eine vorsorgliche Vorlage Druck auf die Kantone auszuüben versucht».

Aus Sicht der Thurgauer Regierung geht die Argumentation des Bundesrats nicht auf. Er könne sich nicht auf die Bundesverfassung berufen, um den Kantonen den Unterricht einer Landessprache aufzuzwingen. Der vielzitierte Verfassungsartikel 62, wonach der Bund eine Harmonisierung des Unterrichts per Gesetz einfordern kann, reiche dazu nicht aus. Nur weil die Kantone den Beginn des Fremdsprachenunterrichts unterschiedlich regelten, sei die Harmonisierung nicht gescheitert, schreibt die Thurgauer Regierung.

Auch der Zürcher Regierungsrat lehnt das Vorgehen des Bundesrats ab. Er anerkenne zwar die sprachpolitische Verantwortung des Bundes. Doch ein solcher Eingriff in die Bildungshoheit der Kan-



tone sei nicht angezeigt. Die Kantone hätten den Ernst der Lage erkannt und erarbeiteten derzeit Lösungen.

Die Zürcher Regierung verweist auf die Erklärung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zur gesamtschweizerischen Koordination des Sprachenunterrichts vom Herbst 2025. Die Mitglieder der EDK sprachen sich einstimmig dafür aus, den Fremdsprachenunterricht zu überprüfen und Verbesserungen zu diskutieren.

Die Ausserrhoder Regierung stellt sich ebenfalls gegen eine Änderung des Sprachengesetzes. Das Gesetz sei nicht dafür da, den Unterricht der Landessprachen in der Volksschule zu regeln. Die vorgesehene Regelung würde einen Präzedenzfall schaffen und die verfassungsmässig vorgesehene Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen langfristig aushöhlen. Indirekt würde mit der neuen Regelung sogar der Englischunterricht vorgegeben. Die Vorlage sei deshalb «weder notwendig noch verhältnismässig».

Zwei Varianten

Der Bundesrat will mit der Änderung des Sprachengesetzes jenen Kantonen zuvorkommen, die den Französischunterricht in der Primarschule streichen wollen. Im vergangenen Jahr wurden in mehreren Deutschschweizer Parlamenten Vorstösse überwiesen, die auf eine Neuordnung des Sprachenunterrichts hinauslaufen. Das Parlament von Appenzell Ausserrhoden beschloss im März 2025, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Im September desselben Jahres folgten der Zürcher und der St. Galler Kantonsrat, im Juni 2026 der Aargauer Grosse Rat. In diesen Kantonen sind derzeit die Regierungen dabei, entsprechende Gesetze auszuarbeiten.

Bis diese in Kraft sind, dürfte es zwar noch mehrere Jahre dauern. Der Bundesrat möchte jedoch verhindern, dass es so weit kommt. Am 12. Juni schickte er eine Änderung des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung, mit der Frühfranzösisch für alle Deutschschweizer Kantone verbindlich würde. Der Bundesrat stellt den Kantonen zwei Varianten zur Wahl. Die erste Variante sieht vor, dass in der Primarschule Englisch und eine zweite Landessprache unterrichtet werden.

Die zweite Variante, aus Sicht des Bundesrates die «Minimalvorgabe», soll den Kantonen mehr Spielraum geben: Der Unterricht einer zweiten Landessprache muss in der Primarschule beginnen und bis zum Ende der Sekundarstufe I dauern; auf den Englischunterricht können die Primarschulen im Gegenzug verzichten. Der Bundesrat macht kein Hehl daraus, dass er damit Druck auf die Kantone aufbauen will.

«Affront» gegen die Romandie

Die Hauptgegnerin der Deutschschweizer Kantone ist Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP). Die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern kritisierte die Deutschschweizer Kantone in den vergangenen Monaten mehrfach für deren Haltung zum Sprachenunterricht. Eine Abschaffung des Frühfranzösisch sei nicht nur ein «Affront» gegen die Romandie, sondern zielen letztlich auch auf eine Entwertung der Landessprachen und der Schweizer Kultur ab, sagte sie.

Schon heute hat in der Mehrheit der Deutschschweizer Kantone in der Primarschule Englisch Priorität. Nur in Bern, Solothurn, beiden Basel und im deutschsprachigen Oberwallis lernen die Primar-



schüler Französisch als erste Fremdsprache. In den Westschweizer Kantonen wird dagegen Deutsch flächendeckend als erste Fremdsprache unterrichtet.

Im Herbst 2025 lancierte der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid einen Kompromissvorschlag. Er forderte ein flächendeckendes Obligatorium für den Französischunterricht in der Primarschule. Im Gegenzug solle Englisch flächendeckend ab der ersten Sekundarklasse unterrichtet werden. Damit wollte er einem Eingriff des Bundesrats zuvorkommen.

Inzwischen ist klar, dass diese Variante zum Scheitern verurteilt ist. Gerade in den Ostschweizer Kantonen, die von der Romandie am weitesten entfernt sind, hat Englisch als Zweitsprache eine grössere Bedeutung als Französisch. Gerade sie dürften sich im gegenwärtigen Streit an das Jahr 2016 erinnern fühlen. Als sich damals einzelne Kantone, darunter auch der Thurgau, vom Frühfranzösisch verabschieden wollten, schickte Baume-Schneiders Vorgänger Alain Berset ebenfalls eine Änderung des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung. Damals wirkte der Druck, die Kantone lenkten ein. Ob das diesmal erneut funktioniert, ist fraglich.

Beim Frühfranzösisch liegt der Bundesrat völlig falsch

NZZ am Sonntag, 20. September, Debatte, der externe Standpunkt von Mario Andreotti

Je früher, desto besser? Das gilt beim Französischunterricht gerade nicht. Dennoch will der Bund das Fach gegen jeden fachlichen Rat in der Primarschule durchdrücken. Ein Fiasko, findet Mario Andreotti

Seit gut zwölf Jahren erleben wir eine erbitterte Debatte über die Einführung des Frühfranzösischunterrichts in der Primarschule. Glaubt man den Befürwortern, so geht es dabei um nicht weniger als um den Zusammenhalt der Schweiz. Jüngst ist diese Debatte wieder richtig aufgeflammt, als gleich mehrere Deutschschweizer Kantone, die Frühfranzösisch – meist ab der fünften Klasse – versuchsweise eingeführt hatten, sich an dessen Abschaffung machten. Nun intervenierte sogar der Bundesrat und schickte eine Änderung des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung, die den Frühfranzösischunterricht in der Volksschule sichern soll. Und dies, obwohl die Rechtshoheit in Schulfragen mit wenigen Ausnahmen bei den Kantonen liegt.

Bei der Frage, ob Französisch schon in der Primarschule unterrichtet werden soll, handelt es sich um ein genuin pädagogisches und nicht um ein staatspolitisches Problem, wie der Bundesrat offenbar meint. Es geht keineswegs darum, die Sprache der Romands als Inbegriff der frankofonen Kultur aus den Schulen der Deutschschweiz zu verbannen, sondern sie auf die Oberstufe zu verschieben, wo die Schülerinnen und Schüler mit gefestigten sprachlichen Grundkenntnissen das nötige Rüstzeug haben, diese zweite Landessprache zu erlernen.

Frühfranzösisch als zweite Fremdsprache neben Frühenglisch konnte die Erwartungen, welche die Bildungspolitiker geweckt hatten, nie erfüllen. Berücksichtigt man die Kriterien für einen erfolgreichen Spracherwerb, das intellektuelle Vermögen der Kinder, ein Verständnis für die relativ abstrak-



ten Gesetzmässigkeiten der Sprache, für Grammatikregeln, zu entwickeln, so war ein Scheitern unvermeidlich.

Hier ein Wort, dort ein Reim, da ein Lied auf Französisch – dies mag für die Kinder unterhaltend und anregend sein, sprachkompetent werden sie dabei nicht. Dafür ist der Unterricht in Französisch in der Primarschule mit seiner minimalen Stundendotation viel zu isoliert. Da kommen die Kinder, auch wenn sie noch so lernbereit sind, auf keinen grünen Zweig.

Dazu kommt, dass Frühfranzösisch für die meisten Kinder in der Deutschschweiz, besonders im östlichen Teil der Schweiz, weit weg von ihrer Lebenswelt ist und der Einstieg in diese Fremdsprache von ihnen zudem als anspruchsvoller erfahren wird als jener in das für sie näherliegende Englisch. Werbung, Musik, Film, Sport und Internet, aber auch die Jugendsprache, sind durchsetzt von Anglizismen, von englischen Ausdrücken und Redewendungen, die Kinder und Jugendliche als modern und trendy empfinden. Englisch ist für sie beinahe allgegenwärtig. Erstaunt es da, dass die frankofone Kultur in den Augen der meisten Kinder weniger zu bieten hat? Ein Umstand, der sich stark auf die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler auswirkt.

Doch obwohl die Unterrichtspraxis die desaströse Bilanz des Frühfranzösisch schon längst aufgedeckt hat und obwohl umfangreiche Studien und die Erfahrungen der Lehrkräfte auf der Oberstufe gezeigt haben, dass die Frühlerner den Spätlernern keineswegs überlegen sind, hält die Allianz aus Bildungspolitik, Verwaltung und Wissenschaft aus Angst, ihr Gesicht zu verlieren, und befeuert durch enorme Mittel für die Umsetzung, am forcierten Mehrsprachenkonzept zum Teil bis heute unbeirrt fest.

Mahnende Stimmen, dass das Bildungsprogramm der Primarschule mit zwei Fremdsprachen völlig überladen sei, wurden häufig verspottet oder ihre Studien von Vertretern der EDK als «unwissenschaftlich» diffamiert. Dabei wird Elementares einfach verdrängt: so etwa die Tatsache, dass für Kinder bis zum Alter von zehn bis zwölf Jahren Grammatikregeln, selbst im Deutschunterricht, erfahrungsgemäss ein Buch mit sieben Siegeln sind. Erst mit dem Einsetzen des abstrakten Denkens in der Oberstufe nimmt das bewusste Verständnis für die Gesetzmässigkeiten der Sprache zu. Damit setzt die Fähigkeit zum analytischen Spracherwerb ein, der hauptsächlich im Auswendiglernen von Wörtern und im Erlernen von Grammatikregeln besteht. Kindern auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen analytisch beibringen zu wollen, ist so gesehen ein pädagogischer Sündenfall.

Als Hauptargument für die Einführung des Frühfranzösisch wird vom Bundesrat der nationale Zusammenhalt genannt. Die Förderung eines über die kulturellen Grenzen hinausgehenden Gefühls der Zusammengehörigkeit ist zweifellos eine wichtige Aufgabe, zu der auch die Schule beitragen kann. Doch Frühfranzösisch ist dazu der falsche Weg. Es gibt gute pädagogische Argumente, um den Unterricht in Französisch später anzusetzen und dafür intensiver zu gestalten. Immerhin hat die Schweiz 150 Jahre lang ohne Frühfranzösisch existiert – und ist nicht auseinandergebrochen.



Mit dem Lesen verschwindet das ABC der Freiheit

NZZ am Sonntag, 13. September 2026, Anna Kardos

Laut der neusten Pisa-Studie kann knapp ein Drittel der Schweizer Jugendlichen nicht mehr richtig lesen. Das ist ein Problem. Für die ganze Gesellschaft, schreibt Anna Kardos.

Weil es hier gleich um schlechte Nachrichten gehen wird, zuerst eine positive vorweg: Schweizer Jugendliche erzielen – im Vergleich mit jenen aus 90 anderen Ländern – relativ gute Ergebnisse, was ihre allgemeinen schulischen Kompetenzen angeht. Das zeigt die aktuelle Pisa-Studie, deren Ergebnisse am vergangenen Dienstag veröffentlicht worden sind. Bei den Naturwissenschaften schwingt die Schweiz sogar obenaus: Ihre Fünfzehnjährigen stehen auf Platz 14 in der Rangliste aller 91 teilnehmenden Länder.

Jetzt zur schlechten Nachricht: Mit der Lesekompetenz der Schweizer Fünfzehnjährigen sieht es gemäss Pisa düster aus. Diese sank seit 2012 mit jeder neuen Erhebung deutlich und ist heute auf einem so tiefen Stand wie noch nie seit dem Studienbeginn im Jahr 2000. Aber es kommt noch schlimmer: Sogar Jugendliche in den USA können heute offenbar deutlich besser lesen (Rang 9) als Schweizer Teenager (Rang 25). Dabei gelten die USA gemeinhin nicht als das Land der Dichter und Denker.

Wenn Sie diesen Artikel bis hierher gelesen und begriffen haben, dass es darin a) um einen internationalen Vergleich von schulischen Kompetenzen geht und b) um einen massiven Einbruch der Lesefähigkeit bei Schweizer Jugendlichen, dann haben Sie einem Drittel der heute Fünfzehnjährigen einiges voraus. 28,8 Prozent von ihnen sind nämlich nicht mehr in der Lage, in einem mittellangen Text die Kernaussage zu erfassen. Und auch nicht, die relevanten Informationen aus dem Text herauszuziehen.

Im Klartext – oder soll man gleich schreiben: «in einfacher Sprache»? – heisst das: Ein Drittel der Schweizer Jugendlichen kann nicht mehr richtig lesen. Die Gründe dafür sind vielfältig, angefangen bei einer frühkindlichen Sozialisierung ohne Bücher über das Aufwachsen in einer Fremdsprache bis hin zum Handykonsum, so die Forschung.

Klar, im 21. Jahrhundert kann man sich natürlich fragen, ob die Lesefähigkeit noch genauso essenziell sei wie vor ein paar Jahrzehnten. Um sich Informationen anzueignen, gibt es mittlerweile andere Methoden. KI fasst selbst lange Texte kinderleicht zusammen. Auch wer zum reinen Vergnügen in Geschichten eintauchen will, muss dazu seine Nase immer weniger zwingend in ein Buch stecken. Filme, Serien und Social-Media-Reels haben die Funktion des Geschichtenerzählens souverän übernommen.

Und doch ist der Pisa-Befund ein Problem. Denn Lesen ist und bleibt ein unentbehrlicher Bestandteil unseres Alltags. Egal, ob wir beruflich E-Mails verschicken, ein neues Medikament verschrieben bekommen, einen Vertrag unterzeichnen – oder auch nur ein neues Kochrezept ausprobieren. Wenn uns die Fähigkeit des Lesens mehr und mehr abhandenkommt, hat das Folgen für unseren Alltag.

Aber Lesen ist mehr als nur Freizeittätigkeit. Und mehr als eine Methode zur Informationsaufnahme. Lesen hat der Menschheit die Entwicklung von Wissenschaft und Demokratie ermöglicht. Denn



erst anhand von längeren Texten üben wir uns darin, komplexer zu denken, einer Argumentation zu folgen oder diese zu widerlegen. Wir lernen, Ambivalenzen zu akzeptieren. Nicht jede Wahrheit ist so einfach, dass sie sich in eine populistische Parole fassen lässt. Der Deutschdidaktiker Maik Philipp weist zudem darauf hin, dass wir heute oft digital lesen. Und offenbar ist es schwieriger, Texte in digitaler Form zu verstehen als auf Papier. Gerade in Zeiten von Desinformation, Fake News und hybrider Kriegsführung wäre die Fähigkeit, gut zu lesen, wichtiger denn je.

Von der Lust am Lesen haben wir da noch gar nicht gesprochen. Lesen hat nämlich allen anderen Kultursparten etwas voraus: Es ist die letzte Bastion totaler Freiheit. Die Buchstaben, Wörter und Sätze sind wie Bausteine, aus denen unsere Phantasie ganz eigene Welten errichtet. Und das erst noch ohne vorgegebenen Rhythmus, in unserem Tempo und einer selbst gewählten Umgebung. Studien der University of Sussex zeigen, dass bereits sechs Minuten stilles Lesen Stress um 68 Prozent reduziert.

Bevor wir also die Kulturtechnik des Lesens vorschnell in die Rumpelkammer der Geschichte entsorgen, sollten wir uns bewusst werden, dass wir damit auch einen Teil unseres Denkens und unserer Demokratie entsorgen. Aber zum Schluss nochmals eine gute Nachricht: Der Prozess lässt sich aufhalten: Lesen ist wie ein Muskel. Je mehr man ihn trainiert, desto leichter und lustvoller trägt er uns zu Nachrichten, neuem Wissen und in die Welt hinaus. Oder in einfacher Sprache gesagt: Je mehr man es tut, desto besser wird es.

Folgen für Lehrpersonen

NZZ, 30. September 2026, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Für die Volksschule hat die Stunde null geschlagen. Sie braucht nicht immer mehr finanzielle Ressourcen. Das zeigt die deutliche Ablehnung der Vorlage zu einem neuen Lehrpersonalgesetz durch die Stimmberechtigten im Kanton Zürich. Das Nein ist durchaus positiv zu sehen und soll gleichsam als Wendepunkt verstanden werden.

Jetzt müssen nicht die Geldbeutel der Steuerzahlenden weiter geöffnet, sondern endlich die tatsächlich wirksamen Türen zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer aufgestossen werden. Diese Erkenntnis und eine beschleunigte Umsetzung mit griffigen Massnahmen haben erst recht nach dem vergangenen Sonntag höchste Priorität.

Was zeichnet eine gute Schule mit guten Lehrerinnen und Lehrern aus? Auf diese zentrale Frage gibt es plausible Antworten. In den Fokus sind dabei vorab Pädagogen mit Klassenlehrerverantwortung zu rücken, denn primär kommt es stets auf sie an. Und ihnen eröffnen sich nun Chancen, die dazu geeignet sind, die Attraktivität ihres an sich schönen Berufs zu steigern.

Schülerinnen und Schüler haben ein Anrecht darauf, dass ihre Klassenlehrer für sie genügend Zeit haben, für einen geordneten Unterricht sorgen und mit hoher Präsenz als gut geerdete Persönlichkeiten eine enge, tragende Verbindung zwischen Lehrenden und Lernenden aufzubauen imstande



sind. Das geht aber nur, wenn ihnen Schulleitungen den Rücken frei halten und ihren schon beträchtlichen Aufwand in ihrem Kerngeschäft von sämtlichen unnötigen Zusatzaufgaben fernhalten.

Eine Abkehr von der gescheiterten Integration mittels unbürokratischer Einrichtung von Förderklassen, die Verlagerung der zweiten Fremdsprache an die Sekundarstufe sowie der Wechsel der Lehrerrolle weg von einem Coach, hin zur starken Führungsperson. Das sind wichtige Pfeiler einer Schule, die wieder an Qualitäten anknüpfen kann, die eines mächtigen Wirtschaftskantons würdig sind.

Wer in einem solchen Umfeld den Lehrberuf mit Berufung ausübt und daher auch mit Begeisterung gestaltet, vermag Kindern und Jugendlichen ein Gut zu vermitteln. Das kann mit keinem Geld dieser Welt aufgewogen werden. So gesehen werden bestimmt zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer das Nein an der Urne als ein Ja begreifen.

Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Die Ablehnung des Lehrpersonalgesetzes hinterlässt gemischte Gefühle. Sie sollte nicht zu einem «weiter wie bisher», sondern zu tiefergreifenden Überlegungen führen («Das Stimmvolk mag für Lehrerinnen und Lehrer nicht noch mehr Geld ausgeben», NZZ 28. 9. 26).

Viele Lehrerinnen und Lehrer klagen wohl zu Recht über ihre hohe Belastung. Andererseits zeigt die neueste Pisa-Studie, dass ein Viertel der Schülerinnen und Schüler einen einfachen deutschen Text nicht versteht und in Mathematik ähnliche Defizite aufweist. Bei diesen haben die Lehrkräfte trotz ihrem Einsatz offenbar nichts erreicht.

Der Grund für diese Diskrepanz liegt in der Überforderung der heutigen Schule. Die Lehrerin soll gleichzeitig das Migrant*innenkind, das kein Deutsch kann, die gymnasiumsverdächtige Aufsätze schreibende Klassenerste und den Schwererziehbaren, der beharrlich unter der Schulbank hocken bleibt, fördern.

Der Lehrer gleicht Erziehungsdefizite aus, stellt freundschaftliche Beziehungen zwischen den Schülerinnen und Schülern her, verhindert Mobbing, Rassismus und Sexismus und erzieht zu Friedensliebe und Umweltbewusstsein.

Lehrerschaft und Schülerschaft bilden eine konfliktfreie Gemeinschaft. Benachteiligungen aller Art werden ausgeglichen, disziplinarische Massnahmen sind nicht vorgesehen und auch nicht nötig, an die Stelle von Leistung treten Harmonie und Wohlbefinden aller Beteiligten.

Mit der schulischen Realität hat dieses Idealbild wenig gemeinsam. Die Schule kann keine «Versicherungsanstalt für Lebensglück» sein, sie kann gesellschaftliche oder familiär bedingte Defizite nicht ausgleichen. Sie muss sich auf die Vermittlung von Wissen und Können durch guten Unterricht konzentrieren.

Helmut Meyer, Zürich



Papiertiger bringen keinen Mehrwert

Tages-Anzeiger, 1. Oktober 2026, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 28.9. «Zürich sagt Nein zum Lehrpersonalgesetz»

Das Nein der Zürcher Stimmbevölkerung zum Lehrpersonalgesetz hat gezeigt: Teure Systemausbauten haben an der Urne einen schweren Stand. Wie also entlasten wir Lehrpersonen ohne Millionenbudget? An Schulen gilt ein Naturgesetz: Aufgaben vermehren sich. Aus einer Idee wird ein Projekt, ein Konzept, mehrere Sitzungen, eine Evaluation und am Ende die Erkenntnis, dass man das Ganze nochmals reflektieren sollte. Währenddessen sitzt die Lehrperson vor dem nächsten Formular und dokumentiert gewissenhaft, was sie eigentlich lieber tun würde: guten Unterricht vorbereiten, Kinder fördern, Elterngespräche führen. Vieles kommt «von oben». Doch auch Schulen selbst sind erfinderisch. Manche Schulleitungen produzieren mit Tatendrang Jahresziele, Qualitätsprozesse und Entwicklungsaufträge. Alles unverzichtbar. Nur unterrichten sollte zwischendurch auch noch jemand. Wer Lehrpersonen wirklich entlasten will, sollte deshalb nicht fragen, was man noch zusätzlich organisieren und finanzieren könnte, sondern schlicht: Was streichen wir morgen ersatzlos? Aber wo kämen wir da auch hin? Am Ende hätten Lehrkräfte wieder Zeit für das Wesentliche, und Kinder bekämen echten Unterricht statt pädagogischer Papiertiger, die ihnen ohnehin keinen Mehrwert bringen. Nein, lieber erfinden wir das dreihundertste Qualitätsmanagement-Tool. Das bringt zwar keinem Kind etwas, sieht auf dem Papier aber ausgesprochen professionell aus.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln

Lesen geht nicht von allein

NZZ am Sonntag, 20. September 2026, Debatte, Leserbriefe

«Mit dem Lesen verschwindet das Abc der Freiheit» «NZZ am Sonntag» vom 13. September

Die Pisa-Zahlen sind die Quittung für eine verfehlte Lesepädagogik. Das Dogma des selbstgesteuerten Lernens hat das Lesen vertrieben. Weil niemand unter Druck geraten soll, gilt lautes Lesen als Blossstellung. Ein fataler Irrtum. Lesen ist auch Hören: Lautlesen steuert das Verstehen. Lesetandems oder Chorlesen schaffen Flüssigkeit ohne Beschämung. Lesen lernt man durch Üben und Anleitung. Wer glaubt, Lesekompetenz entstehe von selbst, glaubt wohl auch, man werde durchs Anschauen von Konzertvideos zum Meisterpianisten.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln (SZ)

Es erstaunt mich überhaupt nicht, dass die Lesekompetenz unserer Kinder so schlecht ist. Ich habe meine Enkelkinder über Jahre betreuen dürfen und musste mit Erstaunen erfahren, dass es die Schnürlischrift nicht mehr gibt. Auch Nacherzählungen, Diktate, Aufsätze, Grammatik, Vorlesen –



alles inexistent! Unter solchen Umständen ist es unmöglich für die Kinder, richtig lesen und schreiben zu lernen.

Verena Rapold, Bergdietikon (AG)

Weglassen mit Wirkung

Tages-Anzeiger, 1. Oktober 2026, Forum, Leserbriefe

«Tages-Anzeiger» vom 29.9. «Lager absagen, Elternabende streichen: Wir werden das Angebot reduzieren»

Meines Erachtens steht klar fest, wer schuld ist am Scheitern des Lehrpersonalgesetzes. Es ist das Giesskannenprinzip. Lehrer Kachel hat recht: Klassenlager geben viel vor- und nachzubereiten und bedeuten einige Tage 24-Stunden-Job; Ausflüge fordern einen ebenfalls, und die Arbeit der Klassenlehrpersonen hätte er auch gleich noch anführen können. Aber: Das sind alles Dinge, welche nur einen Teil der Lehrerschaft betreffen! Klassenlager organisieren lediglich Leute der Mittel- oder Oberstufe, bei den Ausflügen gibt es auch Lehrpersonen, welche mit solchen sehr sparsam umgehen, und viele andere drängen sich nicht vor, wenn es um die Pflichten der Klassenlehrerin geht. Ganz abgesehen davon - wenn man schon, ohne jeden Rest von Idealismus, kleinlich rechnen will -, sind zum Beispiel am Ausflugstag dafür keine anderen Lektionen vorzubereiten. Item: Auch in den Schulhäusern wird hinter vorgehaltener Hand bestätigt, dass einige mehr beansprucht werden als andere. Dieser Tatbestand wäre vom Stimmvolk garantiert anerkannt worden, und es hätte gerne einem Gesetz zugestimmt, welches jenen Lehrpersonen, die Zusatzaufgaben ausüben, eine gerechte Entschädigung gewähren würde. Dass aber bei Krethi und Plethi mit der Begründung «Klassenlager» hätte aufgestockt werden sollen, das wurde nicht goutiert, denn der Kanton Zürich hat jetzt schon Spitzenlöhne. So kommt es, wenn man eine Luxuslösung durchstieren will, statt einem Kompromiss zuzustimmen. Nun ist die Situation halt – verkachelt.

Vera Diaz, Zürich

Die Volksschule muss klarere Prioritäten setzen - und dazu gehört auch, gezielt wegzulassen. Über Jahre kamen immer neue Aufgaben hinzu, ohne dass anderes entfiel. Das Nein zum Lehrpersonalgesetz bietet deshalb eine Chance. Die im Interview genannten Beispiele überzeugen jedoch nicht. Lager abzusagen und Elternabende zu streichen, wirkt eher wie eine Reaktion auf die Abstimmungsniederlage als wie eine pädagogisch begründete Priorisierung. Entscheidend ist nicht nur, was weggelassen wird, sondern wofür die gewonnene Zeit eingesetzt wird. Die neuen Pisa-Ergebnisse zeigen deutliche Rückgänge beim Lesen und in Mathematik. Warum also nicht Angebote reduzieren und die frei werdende Zeit gezielt für Lesen, Schreiben und Rechnen einsetzen? Das würde die Komplexität verringern, die Lehrpersonen entlasten und zugleich das Fundament der Schülerinnen und Schüler stärken. Viele Eltern dürften Verständnis für weniger Zusatzangebote haben, wenn da-



für die Grundlagen wieder verlässlich vermittelt werden. Ich wünsche mir deshalb weniger Rhetorik schlechter Verlierer und mehr konstruktive Macher.

Christian Hafner, Zürich

Schulleitungen als Ballast?

29. September 2026, unveröffentlichter Leserbrief

Cäcilia Gmür spricht in ihrem Beitrag (NZZ, 21.9.2026) sehr zutreffend einen wunden Punkt im Schulsystem an: die Schulleitungen. Sie stehen in der Tat zu Unrecht ausserhalb der Kritik, denn die Debatte dreht sich immerfort um die Lehrkräfte und deren zunehmende Belastung von allen Seiten – von verhaltensauffälliger Schülerschaft, von beratungsresistenten Eltern sowie von Überforderung durch wuchernde Bürokratie.

Leider ist nie die Rede von praxisfernen, übereifrigen Schulleitungen, die beharrlich neue Zusatzaufgaben aufs Fuder laden, statt «das eine oder andere Ämtli» selbst zu übernehmen. Genau dort muss eine fruchtbare Schulpolitik ansetzen: Sie muss sicherstellen, dass Schulleitungsmitglieder auf jeder Stufe zwingend noch ein paar Lektionen pro Woche unterrichten und so am Puls des Geschehens bleiben. In ihrer Funktion als reine Schulverwalter ist es unvermeidlich, dass sie ihre Lehrerschaft mit immer neuen Konzepten und sog. qualitätsfördernden Projekten auf Trab halten wollen. Dazu gehört an einigen Schulen mittlerweile auch, dass Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Lehrer jedes Jahr mit Noten zu Unterrichtsstil und Lehrkompetenz bewerten dürfen – durchgeführt von gutbezahlten externen Firmen, auf deren Datenerhebungen und «Befragungen» die Schulleitungen angeblich keinen Zugriff hätten... Solche «Instrumente der Qualitätssicherung» haben m.E. in einer sauberen und ehrlichen Schulkultur nichts zu suchen und sind völlig kontraproduktiv. Aus eigener langjähriger Erfahrung weiss ich, dass v.a. junge Lehrkräfte dadurch massiv eingeschüchtert und verunsichert werden.

Die Politik muss strikte unterbinden, dass Schulleiter ohne Lehrverpflichtung sein dürfen. Wenn Schulleitende von Funktionären wieder zu aktiven und motivierten Lehrpersonen würden, lösten sich viele Probleme von selbst, und der von Frau Gmür benannte «Wasserkopf» würde zugunsten einer schlankeren und weniger verbeamteten Schule massiv verkleinert oder leerte sich gar ganz.

Anton Zangerl



Veranstaltungshinweise

Frühförderung – ein Schlagwort mit Inhalt füllen (Arbeitstitel)

Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Starke Volksschule Zürich

Nicht vergessen: Termin reservieren!



Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion

Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr

Pfarreizentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

Referentin: Claudia Meier, Kindergärtnerin und Mutter

Genauere Einladung folgt

Einsam oder gemeinsam? Anspruch und Wirklichkeit des selbstorganisierten Lernens

Mittwoch, 11. November 2026, 18:30 – 20:30, Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft

Stellenwert von Schulproblemen im Praxisalltag der Kinderärzte

Mittwoch, 11. November 2026, 18:30 – 20:30 Uhr

Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59

(beim Bahnhof)

9000 St. Gallen: grosser Plenarsaal, Parterre

Referentin

Dr. sc. ETH Esther Ziegler (Primarlehrerin und Neuropsychologin, LernConsulting)

Einführung

Prof. Dr. med. Jürg Barben

[Mehr...](#)



VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Einsam oder gemeinsam?
Anspruch und Wirklichkeit des selbstorganisierten Lernens

MITTWOCH, 11. NOVEMBER 2026, 18:30–20:30

